



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Besserer Qualifizierung der Gerichtsvollzieher Vorrang vor Zuständigkeitsenerweiterung geben

Aktuell seit 19.12.2025 12:28:41

Aktiv vom 07.10.2024 bis 10.04.2026

Angegeben von:

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (R000087) am 07.10.2024

Beschreibung:

Mit dem Gesetz sollen bisher dem Vollstreckungsgericht vorbehaltene Zuständigkeiten auf den Gerichtsvollzieher übertragen werden. Der BDIU setzt sich vorrangig für die Wahrung der Gläubigerrechte ein und fordert eine nachhaltige, weitere Qualifizierung der Gerichtsvollzieher. Die Zuständigkeitskonzentration der zivilrechtlichen Mobiliarvollstreckung bei den Gerichtsvollziehern sollte erst in einem nächsten Schritt erfolgen.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur Zuständigkeitskonzentration der zivilrechtlichen Mobiliarvollstreckung bei den Gerichtsvollziehern und zu Zuständigkeitsenerweiterungen für die Rechtspfleger in Nachlass- und Teilungssachen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 01.10.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessensbereiche (3)

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Zivilrecht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (4)

RPfIG 1969 [alle RV hierzu]

ZPO [alle RV hierzu]

GvKostG [alle RV hierzu]

JBeitrO [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2411220018 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]